

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontofonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Schf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 43. Woche vom 20. bis 26. Oktober 800 000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 155 000 000 M., Einzelnummer 150 000 000 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettlerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettlerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 80 M., die 90 mm breite Reklamezeile 300 M., für auswärtige Anzeigen 100 und 300 M. Schlüsselzahl: 2 000 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverlegung 10 M.

Nr. 247

Dresden, Montag den 22. Oktober 1923

34. Jahrg.

Bayerns Spiel mit der Reichseinheit

Die bayerische Reichswehr unter Kahr's Befehl — Truppeneinmarsch in Sachsen

Es war voraussehen, daß der neueste Konflikt zwischen Bayern und dem Reich mit einer neuen Niederlage des Reiches enden würde. Reichswehrminister Gessler aber wird immer noch behaupten, die Reichswehr stehe fest hinter ihm. Er hat versucht, den Kommandeur des bayerischen Wehrkreises, Herrn v. Lossow, von seinem Generalsposten abzurufen, weil er seine Pflichten gröblich vernachlässigte, die Befehle seiner Berliner Dienstbehörde nicht ausführte. Da tritt Herr v. Lossow, von seinem Generalsposten ab, und erklärt: Der General bleibt! Das bayerische Gesamtministerium erklärt darauf einen Aufruf gegen das Reich und teilt mit, daß der bayerische Teil der Reichswehr von der Münchener Regierung als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen und General v. Lossow als bayerischer Landeskommandant mit der „Weiterführung der bayerischen Division“ beauftragt wurde. In ein richtigeres Deutsch übertragen heißt das: Wir in München pfeifen auf die Reichsgehele! Wir pfeifen auf das Reich! Wir pfeifen auf die Reichsregierung! Wir machen, was wir wollen; ihr könnt uns sonst was! Und was tut das Reich auf diese unerhörte Bräuferei hin? Es beantwortet den bayerischen Aufruf mit einem Gegenaufruf und strebt dann tapfer, unentwegt und beharrlich einen Kompromiß zu, der für das Reich zur Niederlage, für Bayern zum Triumph werden muß. Aus Berlin wird amtlich geantwortet:

einiger Zeit unterstrichen: daß eine reinliche Scheidung zwischen Bayern und dem Reich dieser ewigen Verletzung der Verfassung und der Interessen des deutschen Volkes vorzuziehen sei.

Gewiß, diese Perspektive ist für den deutschen Einheitsgedanken traurig, aber hauptsächlich an dieser Entwicklung sind die bürgerlichen Parteien, die sich bis heute zu einem wirklichen Kampfe für die Weimarer Verfassung nicht aufzuschwingen vermochten. Dieser Schandbrand, diese Halbheit und Fionheit der Mittelparteien hat dahin geführt, daß die Gefahr des Zerfalls Deutschlands immer drohender wird. Wie soll ein Reich noch den moralischen Kredit haben, ohne den es schwerlich bestehen kann, wenn Einzelstaaten so unterschiedlich behandelt werden, wie etwa der sächsische Freistaat und das kaiserliche kaiserliche Dorado. In Bayern wären die Reichswehrtruppen des Herrn Gessler notwendig, um einen meuternden Landesteil zur Ordnung zu rufen — und in Sachsen sind sie. Die Reichswehrverstärkungen in Sachsen werden der sächsischen Regierung gegenüber als Grenzschutz gegen Bayern ausgeben, während sich General Müller in Aufrufen übt, die eine ganz andre Sprache sprechen. Herr Müller tut, als müßte er in Sachsen Ordnung schaffen, während die Reichsregierung in Bayern die reichsgefährliche Anarchie ruhig weiterfressen läßt. Ebenso wie der Vormarsch wendet sich auch der Sozialdemokratische Parlamentsdienst klar gegen die Plakatarbeit des sächsischen Reichswehrkommandeurs, bittet aber zum Schluß die sächsischen Genossen in der Gegenwart „zurückzustellen, was eine Vertagung vertritt und mit uns und der Reichsregierung in einer Front jetzt den Kampf aufzunehmen, von dessen Ausgang das Schicksal unserer Gesamtpartei abhängt, den Kampf gegen die Reichsverderber!“

die es angeht, sagen wir hiermit etwas, was wir uns bis heute scheuten auszusprechen: beträchtlichen Teilen dieser sozialdemokratischen Arbeiterklasse erscheint heute der Gedanke eines Zerfalls dieses Deutschlands nicht mehr als bedauerlich, sondern unentzerrlich und unausdenkbar wie noch vor wenigen Wochen. Schuld daran trägt eine Politik, die auf breite Kreise der wertvollen Bevölkerung wirken muß wie eine bewußte, vorfällige Mißhandlung republikanisch-sozialistischer Landesteile durch das Reich.

Aufruf der Reichsregierung

Berlin, 20. Oktober. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:
An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Auslande den sächsischen Nationen eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschehene unerträgliche Not im Rheinlande und im Ruhrgebiet zu lenken, und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu bestehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungskampf und innere Kämpfe im Reich herbeizuführen. Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Exekutive konnte nicht dulden, daß Kahr's Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen. Gerade die bayerische Staatsregierung, die den Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt vertreten hat, mußte sich klar darüber sein, daß die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder Wehrhaftmachung ist und sein muß. Gerade die bayerische Staatsregierung, die wiederholt in Ausführungen des Generalkommissars v. Kahr die Forderung des nationalen Gedankens für sich speziell in Anspruch nimmt, mußte sich klar darüber sein, daß national sein vor allen Dingen heißt, in Reichen der Not Geschlossenheit im Innern zu bewahren und Sonderwünsche und Sonderinteressen dahinter zurückzustellen. Mit dem von dem Generalkommissar v. Kahr in die Öffentlichkeit gemachten Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nicht zu tun. Der Chef der Exekutive, der Reichswehrminister haben bei ihrem Kampfe für die Autorität in der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgendwelche parteipolitische Einstellungen gekämpft.

Deshalb gilt von der Reichsregierung, die sich bis zum äußersten bemüht hat, durch weitestgehende Annäherung von Verhandlungsmöglichkeiten jeden Schritt zu vermeiden. Mit Entschiedenheit und Entschlossenheit weiß die Reichsregierung den Versuch des Generalkommissars v. Kahr, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung um die in Rede stehende Frage einer nationalen und republikanischen Wehrhaftmachung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen. Es ist

(Sonntag abend.) Die durch das gestrige bayerische Vergehen geschaffene Lage hat eine entscheidende Entspannung erfahren. Eine neue Vereinigung der Truppen der 7. (bayerischen) Division hat nicht stattgefunden und ist nicht geplant. Dem Vernehmen nach wird beachtet, die verschiedenen, in der letzten Zeit zutage getretenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand der Erörterungen in einer Sitzung des Reichsrats zu machen, um einen den Interessen des Reichs, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen.

Welchen „Ausgleich“ soll denn der Reichsrat schaffen? Lossow hat gemeinert und meutert weiter; die bayerische Regierung hält den meuternden General in Amt und Würden und bricht die Verfassung zum laienhaftesten Male in einer offenkundigen Weise. Sie erklärt weiter, daß sie Herrn von Lossow unter keinen Umständen abberufen, daß sie den schon ernannten Nachfolger, Herrn von Freyenstein, auf keinen Fall in sein Amt eintreten lassen. Ein Ausgleich kann hier nur ein schimpfliches Nachgeben bedeuten. Ein Nachgeben der Reichsregierung aber läuft auf eine Nichtachtung der Verfassung und der Gesetze durch die Reichsregierung hinaus. Laut Verfassung hat die Regierung des Reiches die Pflicht, die Verfassung zu schützen und die Gesetze des Reiches zu wahren. In Mätkern, wie dem Dresdner Anzeiger, wird schon angedeutet, worauf der „Ausgleich“ hinstellen soll: Bayern möchte die Reservatrechte wieder haben, die es vor der Weimarer Verfassung besaß, und in der Reichsregierung spielt man bereits mit dem Gedanken, Bayern diese Reservatrechte wieder zu geben.

Von ist sich hoffentlich in Berlin darüber klar, was eine solche Verfassungsänderung bedeuten müßte, denn auch andere Gliedstaaten haben Bedürfnis nach Reservatrechten, sobald die einmal zur Debatte gestellt werden. Aber daß man heute überhaupt mit diesem Gedanken liebäugelt, ist die schwerste Verurteilung der Politik, mit der kaiserliche Reichsregierungen der letzten drei Jahre einer Lösung der ewigen Konflikte zwischen München und Berlin aus dem Wege gingen. Warum sollen Münchener Regierungen die Verfassung noch respektieren, wenn nach jeder solcher Bräuferei des Reiches die bayerische Reaktion recht behält! Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meint, daß „im Augenblick“ eine militärische Aktion gegen Bayern nicht in Frage komme, weil unsere wirtschaftliche und politische Gesamtlage eine reifere Zusammenziehung der militärischen Streitkräfte zu einem Kampf gegen Bayern nicht gestatten; Deshalb dürfte dem Reich vorläufig nichts anderes übrig bleiben, als seine Grenzen gegen Bayern durch Entsendung entbehrlicher Truppenteile zu sichern, im übrigen aber den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete durch Sperrung jeder Zufuhr von Rohstoffen- und Produktionsmitteln zu führen.“

Wir glauben nicht, daß sich die Regierung Stresemann auch nur zu solchen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Verfassungsbrecher um Rabe auftrafft. Es bliebe dann nur eins übrig: nicht die Münchener Regierung, sondern das bayerische Volk zu fragen, ob es beim Reich verbleiben will oder nicht! Wenn das Reich die Verfassung in Bayern nicht durchsetzen kann, so ist der Gedanke durchaus nicht mehr so undiskutabel, den die Leipziger Neuesten Nachrichten vor-

Die sächsische Sozialdemokratie hat bis jetzt trotz aller Provokationen durch die Reichsregierung in einer Weise Zurückhaltung geübt, die auch in Berlin unumwunden anerkannt werden mußte. Führte das Reich wirklich einen Kampf gegen die bayerischen Reichsregierer, so wären wir die letzten, die rätionierend beiseite ständen. Aber wo bleibt denn dieser Kampf? Bis heute wurde nur eine Art Reichsregiererei gegen den sächsischen Freistaat betrieben, und zwar in einer Weise, daß sich auch ein Teil der christlich demokratischen bürgerlichen Presse scharf dagegen wenden mußte. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft war bis heute das stärkste Bollwerk des deutschen Einheitsgedankens. Aber mit dieser Art, sozialistisch-republikanische Einzelstaaten zu mißhandeln, einen reaktionären oder behutamen anzufassen, und Sonderrechte einzuräumen, wird die Reichsverderberheit auch in sozialdemokratische Kreise hineingetragen. All den Kreisen,

Der Vormarsch — in Sachsen

Über den Truppeneinmarsch in Freital-Sachsen wird von den sächsischen Reichsregierungen folgendes bekanntgegeben:

Die zur Wiederherstellung von verfassungsmäßigen Zuständen bestimmten Truppen haben sich planmäßig und ohne jeden Zwischenfall am 21. Oktober unter Führung des Generals Reich in Rauten Adnigsdorf, Wischitzwerda, Dresden, unter Führung des Generals von Rebehor in Rauten Leipzig, Eilenburg und unter Führung des Obersten Föhrenbach am Hof versammelt. Bei den Truppen am Hof handelt es sich um württembergische Verbände. Am 21. Oktober haben die Truppen den Vormarsch angetreten. Sie werden an diesem Tage die Gegend Lohmen, die Gegend nördlich Dresden und Reichens, Rauten Hof, Burg, Selsk, Plaun erreichen. Auf Kavallerie, die in Weßen einrückte, wurde geschlossen.

Am 22. Oktober, 10.30 Uhr vormittags, wird der Beschäftigte, Generalleutnant Müller, die an diesem Tage durch Dresden marschierenden Truppen am Rauten Hofhaus an sich vorbeimarschieren lassen. Die Truppen werden durch die Hauptstraße, am Hofhaus vorbei über die Friedrich-August-Brücke, Richtung Altmarkt, marschieren.

Vor einem Aufruf der Regierung

Die sächsische Regierung wird wegen des Einmarsches fremder Reichswehrtruppen morgen früh einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen. Sie wird dabei betonen, daß sie die Maßnahmen des Reiches für politisch höchst bedenklich halte und wird erklären, sie habe bisher an Recht und Verfassung gehalten und werde das auch in Zukunft tun. Sie wird zum Ausdruck bringen, daß sie seit zur Einheit des Reiches stehe. Die Regierung wird die Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung auffordern.

Schießerei in Weßen

Weßen, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Als heute vormittag eine Abteilung Reichswehr durch Weßen ritt, wurde aus einem Baumstamm die Eisenbahn auf das Militär geschossen. Der Fahrer wurde getroffen. Das Feuer der Reichswehr hat einige Verwundete zur Folge gehabt. Die Reichswehr hat keinerlei Verluste. Der kommunistische Führer Kupp wurde verhaftet.

Der Republikanische Reichsbund zur Situation

Der Landesverband Sachsen-Schlesien des Deutschen Republikanischen Reichsbundes erachtet es in der gegenwärtigen Zeit als seine Pflicht, erneut die Forderung der Republik auf das entscheidende zu betonen. Nur die Republik kann das geordnete Staatsleben sein. An die Regierung des Freistaates Sachsen sowohl als auch an die Reichsregierung richtet der Landesverband die dringende Bitte, im Interesse des Wiederaufbaus unseres Vaterlandes in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den die Gemüter aufreizenden Streit zwischen dem Reich und Sachsen zu beenden.

Der Vorstand des Landesverbandes vertritt mit Besorgnis und Bedauern die Zustände der Gegenstände. Er hält sie für unüberwindlich, wenn der Wille zu einer Verhängung besteht. Es ist Republikanern unerträglich, daß die Regierung gegen das zweifelsfrei republikanische Sachsen mit militärischen Mitteln vorgeht, während dem nichtrepublikanischen Bayern gegenüber nichts geschieht. Diese Entschlossenheit wurde in einer am Donnerstag in Chemnitz abgehaltenen Sitzung des Landesverbandes beschlossen und ist der Reichsregierung sowohl als auch der sächsischen Regierung angedeutet worden.